

Stellungnahme des AStA der Universität Bremen zum Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (Drucksache 17/1772 vom 10.Mai 2011)

Wir begrüßen die Initiative der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD in zweierlei Hinsicht: Der Entschließungsantrag beweist die Wichtigkeit des Themas und fördert (so hoffen wir) weiter den breiten öffentlichen und gesellschaftlichen Diskurs zu den Fragen der Verantwortung in Wissenschaft und Forschung.

Außerdem unterstützen wir ausdrücklich die Aufforderung der Fraktionen an die Bremer Hochschulen, sich nach dem Beispiel der Universität durch eine Zivilklausel selbst zu binden und von Rüstungsforschung und Firmen, die direkt oder indirekt in Rüstungsforschung verwickelt sind, zu distanzieren.

Jedoch sehen wir mit Besorgnis die stellenweise sehr breit gefasste Formulierung, die zu viel Interpretationsspielraum zulässt. „Die Bürgerschaft (Landtag) würde es begrüßen, wenn die Universität Bremen den [...] gefassten Beschluss aus dem Jahr 1986 generalisieren und an die Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre anpassen würde.“ Wenn „anpassen“ und „generalisieren“ bedeutet, dass eine Stiftungsprofessur eines Rüstungsunternehmens möglich wird und der selbst gegebenen Zivilklausel nicht widerspricht, so möchten wir uns dieser offenen Formulierung nachdrücklich widersetzen. Kontext und Anlass der Beschlüsse zur Zivilklausel 1986 und 1991 haben sich zwar auf bestimmte Forschungsthemen und -kooperationen bezogen. Die Prinzipien und Formulierungen gelten aber für die gesamte Forschung und Lehre. „Die Verpflichtung der Universität Bremen auf zivile Forschung und zur Unterstützung von Rüstungskonversionsprozessen“ im Sinne einer verantwortungsbewussten Wissenschaft, die an friedlichen Lösungen globaler Probleme interessiert ist, besitzt ungeänderte Gültigkeit.

Wir finden es alarmierend, wenn dieser Anspruch Gefahr läuft, relativiert zu werden. Der Beschluss des Akademischen Senats, nach dem „... jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ abgelehnt wird, und die des Weiteren „... die Mitglieder der Universität auf[fordert], Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können...“, ist heute wie vor 25 Jahren brandaktuell!

An Stelle der Stiftungsprofessur für Raumfahrttechnologie (beim Institut ZARM und von dem Unternehmen OHB System AG für 10 Jahre gesponsert) wünschen wir uns einen Lehrstuhl für Rüstungskonversionsforschung. Denn, wie auch die beiden Fraktionen der Bürgerschaft richtig feststellen, Sicherheitspolitik beginnt mit Friedenspolitik.